

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr
der Stadt Georgsmarienhütte vom 19.11.2018
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Niedersachsen, Raum-Nr. 181,

Anwesend:

Vorsitz

Beermann, Volker

Mitglieder

Sprekelmeyer, Stephan

Bußmann, Ludwig

für Jens Kasselmann

Büter, Rainer

Dierker, Heinz

Kir, Emine

Kompa, Peter

Krüger, Sebastian

für Sandra Wallenhorst

Lorenz, Robert

Lüchtefeld, Johanna

Müller, Arne

Pesch, Karl-Heinz

Weckermann, Irina

Welkener, Jörg

Verwaltung

Pohlmann, Ansgar

ab TOP 4

Dimek, Torsten

Lührmann, Bärbel

Frühling, Manfred

Kramer, Martin

Möllenkamp, Andreas, Umweltbeauftragter

Baumann, Jörg

Otten, Niklas

Protokollführung

Kovermann, Philipp

Gäste

Plaggenborg, Bernhard

Fehlende Mitglieder

Kasselmann, Jens

Wallenhorst, Sandra

Beginn: 18:03 Uhr

Ende: 20:31 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. FB IV/10/2018 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 05.11.2018
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Vortrag zum Thema Erbbaurecht
4.	Forstbetriebswerk Vorlage: BV/240/2018
5.	Geschwindigkeitsmessungen im Stadtgebiet Vorlage: MV/036/2018
6.	Entwurf des Budgets 2019 für den Fachbereich IV Vorlage: MV/031/2018
6.1.	Entwurf des Budgets 2019 für den Fachbereich IV - Ergänzung Vorlage: MV/031/2018/1
7.	Endausbau Rostocker Straße Vorlage: BV/256/2018
8.	Bebauungsplan Nr. 288 "Südlich Schulzentrum" - Aufstellungsbeschluss Vorlage: BV/255/2018
9.	Aufhebung Aufstellungsbeschluss B-Plan Nr. 257 "Klinikum St. Georg" Vorlage: BV/228/2018
10.	Aufhebung Aufstellungsbeschluss B-Plan Nr. 232 "Glückaufzentrum" Vorlage: BV/245/2018
11.	Aufhebung Aufstellungsbeschluss B-Plan Nr. 259 "Lebensmittelmarkt Kloster Oesede" Vorlage: BV/249/2018
12.	Aufhebung Aufstellungsbeschluss B-Plan Nr. 116 "Sanierung Alte Kolonie" 9. Änderung Vorlage: BV/250/2018
13.	Aufhebung Aufstellungsbeschluss B-Plan Nr. 123 "Östlich Hohe Linde" 2. Änderung Vorlage: BV/252/2018

- 14. Beantwortung von Anfragen
- 15. Anfragen
- 15.1. Sperrung der Von-Galen-Straße
- 15.2. Zuwegung/Umlaufsperrung am Birkenwäldchen
- 15.3. Verwendungsverbot von glyphosathaltigen Herbiziden und Neonikotinoiden auf Flächen der Stadt und der NLG
- 15.4. Geschwindigkeitsmessungen im Bereich St. Georg Kindergarten
- 15.5. Baumschnitt Auf der Egge/ Holunderstraße
- 15.6. Beschilderung Laubbrink
- 15.7. Querrinnen Am Hainghof

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Beermann eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. FB IV/10/2018 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 05.11.2018

Zu Form und Inhalt des Protokolls erklärt Herr Sprekelmeyer folgendes: Er habe sich beim TOP 8 enthalten. Seine Enthaltung begründet er damit, dass es ein großes Interesse an Gewerbegrundstücken gibt und er daher der Umwandlung von Gewerbe zu Wohnen kritisch gegenübersteht.

Folgender Beschluss wird bei einer Enthaltung wegen Nichtteilnahme mit der erbrachten Anmerkung einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. FB IV/10/2018 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 05.11.2018 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Vortrag zum Thema Erbbaurecht

„Erbbaurecht und Erbbaurechtsverträge“: Zu diesem Thema findet am Mittwoch, 5. Dezember um 18 Uhr im Saal Niedersachsen des Georgsmarienhütters Rathauses eine öffentliche Informationsveranstaltung statt. Referent bei dieser Veranstaltung ist der Leiter des Rentamts Osnabrück, Andreas Imwalle, der das Erbbaurecht allgemein erläutern und Hinweise sowie Informationen zu den vertraglichen Regelungen geben wird.

4. Forstbetriebswerk Vorlage: BV/240/2018

Herr Beermann leitet kurz in das Thema Forstbetriebswerk ein und begrüßt Herrn Bernhard Plaggenborg vom gleichnamigen Sachverständigenbüro, der das Forstbetriebswerk anhand der beigefügten Präsentation vorstellt. Er geht dabei auf die unterschiedlichen Baumbestände, die Holzvorräte, die Rahmenbedingungen der Bewirtschaftung und die Funktionen der städt. Forstflächen ein.

Frau Weckermann möchte wissen, warum die städtischen Forstflächen nach PEFC-Grundsätzen bewirtschaftet werden. Sie möchte lieber eine Zertifizierung nach FSC, da dieses ihrer Meinung nach eher auf die Erhaltung und Erholungsfunktion des Waldes abzielt.

Herr Möllenkamp berichtet, dass es einen gültigen Ratsbeschluss zur PEFC-Bewirtschaftung gibt. Es gab damals schon eine Gegenüberstellung der beiden Zertifikatsmöglichkeiten im Rat. Die entsprechenden Unterlagen sind der Vorlage bzw. der Protokoll beigefügt.

Frau Lüchtefeld möchte wissen, welche Gehölzart sich für die Aufforstung empfiehlt.

Herr Plaggenborg erklärt, dass dies von dem jeweiligen spezifischen Standort abhängt. Eine pauschale Aussage kann nicht getroffen werden.

Herr Sprekelmeyer fehlt ein Vergleich zu den Vorjahren und möchte wissen, ob der entsprechende Beschluss auch rückwirkend zum 01.01.2018 gefasst werden könne.

Herr Plaggenborg erläutert, dass dies kein Problem darstellt, ab wann der Stichtag gesetzt wird. Sollte dieser nicht der 01.01.2018, sondern der 01.01.2019 sein, müsste er kleinere Veränderungen und Nachberechnungen im Forstbetriebswerk vollziehen.

Herr Lorenz kann keine Beschlussempfehlung fassen, da das ihm zur Verfügung gestellte Material nur schwarz/weiß sei und er deswegen die entscheidenden Diagramme und Karten nicht auswerten könne.

Herr Dimek entschuldigt sich dafür und verspricht, die entsprechenden Unterlagen für den Austausch nachzusenden bzw. die Karten in einem größeren Format in die Fraktionen zu geben. Er erkundigt sich, ob es rechtliche Probleme für die Stadt Georgsmarienhütte gibt, wenn der Beschluss erst in 2019 gefasst werde.

Dies wird von Herrn Plaggenborg verneint.

Danach stellt Herr Beermann den Tagesordnungspunkt zurück.

5. Geschwindigkeitsmessungen im Stadtgebiet Vorlage: MV/036/2018

Frau Lührmann erklärt, dass im Jahr 2018 bisher insgesamt 18 Displaymessungen vorgenommen worden sind und erläutert kurz die in der Vorlage dargestellten Ergebnisse. Diese Messungen fanden an der Heinrich-Schmedt-Straße, Böttcherstraße, Alte Heerstraße und Dahlienweg statt.

Herr Sprekelmeyer fragt, was die Stadt, ggf. durch bauliche Maßnahmen, unternehmen kann, damit die teils erschreckenden Ergebnisse, insbesondere die Spitzenwerte, vermieden werden können.

Frau Lührmann erläutert, dass der an der Alten Heerstraße gemessene Spitzenwert von 96 km/h wohl von einem Motorradfahrer erzielt wurde. Hierbei handelt es sich um einen Einzelfall, der die Verkehrsregeln eklatant verletzt. So werde auch immer wieder festgestellt, dass es einzelne Verkehrsteilnehmer gibt, die selbst bei Rot über Lichtsignalanlagen fahren.

Herr Sprekelmeyer erkundigt sich, ob die Einhaltung der V85 durch das Aufstellen von Betonringen verbessert werden kann, wie es z.B. in der Bachstraße geschehen ist.

Frau Lührmann gibt zu bedenken, dass bei baulichen Maßnahmen auch die unterschiedlichen Kategorien der Straßen zu berücksichtigen sind und demnach im Einzelfall geeignete Maßnahmen getroffen werden müssen. Insbesondere ist zu unterscheiden, ob es sich um Siedlungsstraßen handelt oder um Straßen, die als Durchgangs- und Verbindungsstraßen zugeordnet sind. In diesem Zusammenhang verweist Frau Lührmann auf die bereits geführten Diskussionen zu dem Thema Tempo-30-Zone für die Alte Heerstraße. Diese sind in dem Protokoll der öffentlichen Sitzung des Ausschusses IV/06/2014 unter TOP 5 nachzulesen.

Herr Büter möchte wissen, wie oft an der Heinrich-Schmedt-Straße gemessen wird.

Frau Lührmann erklärt, dass das Display an einigen Straßen regelmäßig aufgestellt wird, wie z.B. an der Heinrich-Schmedt-Straße und der Alten Heerstraße. Bei den meisten Siedlungsstraßen erfolgt die Aufstellung anlassbezogen aufgrund von Baumaßnahmen oder Beschwerden. Sie weist darauf hin, dass Messungen jedoch bei Temperaturen unter 0 Grad nicht möglich sind, da die Akkus der Geräte ansonsten Schaden nehmen können.

Auf Nachfrage von Herrn Kompa berichtet Frau Lührmann, dass die Stadt 2 mobile Displays hat, die an verschiedenen Standorten eingesetzt werden können, sowie zwei fest verbaute Displays im Bereich des Bahnübergangs an der Sutthäuser Straße.

Herr Kompa schlägt vor, „Rüttelstreifen“ wie sie zwischen Belm und Engter auf der Straße installiert sind, auch im Stadtgebiet zu installieren.

Frau Lührmann erklärt, dass die Anbringung der Rüttelstreifen im dortigen Bereich erfolgte, weil es sich um eine der unfallträchtigsten Motorradstrecken in der Region handelte und mit dieser Maßnahme Unfälle reduziert werden sollen. Bei den in der Vorlage genannten Straßen liegen keine Unfallhäufungsstellen vor. Daneben sollte bei einer Entscheidung über die Anbringung solcher Rüttelstreifen abgewogen werden, dass durch diese für die unmittelbar betroffenen Anwohner eine hohe Geräuschbelastung entstehe.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Beermann, schließt den Tagesordnungspunkt und weist drauf hin, dass das Problem der Geschwindigkeitsüberschreitungen weiterhin zu thematisieren sei.

**6. Entwurf des Budgets 2019 für den Fachbereich IV
Vorlage: MV/031/2018**

Siehe die Beratung zu Tagesordnungspunkt 6.1.

6.1. Entwurf des Budgets 2019 für den Fachbereich IV - Ergänzung Vorlage: MV/031/2018/1

Herr Dimek stellt die Ergänzungsvorlage der Verwaltung vor, mit der die zugesagten Unterlagen zu den aus der letzten Sitzung noch offenen Fragen vorgelegt wurden. Diese werden von Herrn Dimek kurz erläutert. Weiterhin weist Herr Dimek darauf hin, dass die in der letzten Sitzung eingebrachte Investitionsplanung zu ergänzen ist um die Ausgaben für die Verschwenkung der L 95 in der Ortsdurchfahrt Kloster Oesede, die vorläufig mit 130.000 € veranschlagt wird. Eine redaktionelle Änderung ergibt sich bei den Ansätzen des Bauhofes für Fahrzeuge und bewegliche Vermögensgegenstände; hier erfolgte eine Anpassung der Ansätze innerhalb des bereits angemeldeten Bedarfs.

Herr Bußmann hinterfragt in diesem Zusammenhang die Anschaffung des Amazon Profihopper Rasenmähers im Jahre 2018. Die Verwaltung sagt eine Prüfung und Darstellung des Auswahlverfahrens und der Auftragsvergabe zu.

Im Anschluss an diese Ausführungen stellt Herr Beermann den vorliegenden Antrag der SPD/FDP Gruppe vor.

Programm Wohnraumförderung + 500.000 €

Herr Bußmann hinterfragt zunächst die Finanzierung dieses Vorschlags. Weiterhin bittet er um Einzelheiten, in welcher Form diese Förderung angedacht ist. Er vermisse auch Aussagen, ob für die Verwaltung und Verteilung dieser Mittel zusätzliches Personal benötigt wird. Zwar könne die Stadt gewisse Anreize hinsichtlich der Schaffung preisgünstigen Mietraumes bieten, dazu dürften die angemeldeten Mittel jedoch nicht ausreichend sein. Außerdem sieht er die Verantwortung einer Wohnraumförderung eher bei Bund und Land.

Herrn Lorenz sind die bisherigen Ausführungen zum Wohnraumförderungsprogramm zu dürftig.

Herr Beermann führt aus, dass die Dotierung wichtig sei, damit im nächsten Jahr die Politik und Verwaltung handlungsfähig sind.

Dialogdisplays zur Geschwindigkeitsbegrenzung / zur Lärmmessung

Dieser Antrag betrifft den Haushalt des Fachbereichs II und wird entsprechend weitergeleitet. Frau Lührmann weist darauf hin, dass aufgrund der bisherigen Erfahrungen neben den Anschaffungskosten für 2 zusätzliche Geschwindigkeitsdisplays zusätzlich 3.900 € Personalkosten im Jahr anfallen.

Zu Lärmdisplay stellt sie dar, dass Verkehrslärm nach der „rls 90“ berechnet und nicht gemessen wird. Aus den Lärmmessungen von Straßenverkehr werden keine rechtlichen Konsequenzen gezogen, da Lärm weiterhin berechnet und nicht gemessen wird.

Herrn Beermann ist dieses bekannt, er möchte mit einem Lärmdisplay die Wahrnehmung der Verkehrsteilnehmer sensibilisieren.

Herr Lorenz stimmt Frau Lührmann hinsichtlich der grundsätzlichen Berechnung von Straßenverkehrslärm zu. Da Lärm aber gesundheitsgefährdend ist und die Stadt ihre Bürger davor schützen muss, sieht er dennoch die Stadt in der Pflicht, nach den Bestimmungen des Nds. SOG bei Vorliegen einer Gesundheitsgefahr einzuschreiten. Diese Aussage wird von der Verwaltung geprüft.

<u>Friedhof Alt-Georgsmarienhütte: Konzepterstellung für Parkanlage, Wegeführung und –zustand</u>	+ 5.000 €
<u>Erhöhung der Haushaltsmittel für Parkplatzmarkierungen</u>	+ 15.000 €
<u>Mittel für die Bedarfsampel OD I 95 Kloster Oesede (falls erforderlich)</u>	(+ 25.000 €)

(nachträglicher Hinweis der Verwaltung:

Aufgrund der Bedarfsampel L95 / Berliner Straße in Alt-Georgsmarienhütte wurden hier 25.000 € von der Verwaltung eingeplant)

Diese Anträge werden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen

Personal: Einstellung eines Klimaschutzmanagers

Zum Antrag, einen Klimaschutzmanager einzustellen, führt Herr Dimek aus, dass sich die Vorschriften gelockert haben und ab dem 01.01.2019 für die finanzielle Förderung eines Klimaschutzmanagers (ca. 65 %) kein Teilkonzept für Klimaschutzmaßnahmen vorliegen muss; damit kann der Klimamanager auch an den konzeptionellen Arbeiten von Anfang an mitarbeiten.

Da die Förderung der Stelle auf 3 Jahre befristet ist, ist eine Ausweisung im Stellenplan nach Auskunft des 1. Stadtrates bei entsprechender Vertragsdauer nicht erforderlich. Ein Ratsbeschluss reiche für die Einstellung des Klimaschutzmanagers demnach aus.

Personal: Gärtner 2 x kw-Vermerk streichen
Gärtner Neueinstellungen laut Bedarf

Diese Anträge werden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Im Anschluss dieser Ausführungen stellt Herr Sprekelmeyer den kurzfristig zur Sitzung eingereichten Antrag der CDU-Fraktion vor.

Attraktivitätssteigerung des Stadtzentrums Georgsmarienhütte + 500.000 €
Der von der Stadt Georgsmarienhütte moderierte Prozess „Oeseder Straße 2030 – zukunftsfähig machen“ hat unter großer Beteiligung der Anlieger konkrete Vorschläge und Ideen erarbeitet; das weitere Vorgehen wurde im VA am 26.09.2018 beschlossen. Zur Umsetzung des Beschlusses sind Haushaltsmittel für 2019 einzustellen. Sollte sich ergeben, dass Projekte als Unterhaltungsmaßnahmen anzusetzen sind, sollen diese im Ergebnishaushalt veranschlagt werden.

Danach geht Herr Sprekelmeyer für die CDU-Fraktion noch auf die Aufstellung der für 2019 vorgesehenen Investitionen ein.

114-15-004 KVP Brüsseler Straße - 480.000 € (?)
Weiterführung der Ausbauplanung, aber Realisierung in mehreren Bauabschnitten. Derzeitig wird Handlungsbedarf gesehen für den Austausch der Gehwegplatten im Norden und einer sicheren Querung im Bereich Tankstelle – Pennymarkt.

Hier sehen einige Ausschussmitglieder nur eine komplette Umsetzung der Maßnahme als möglich an, zumal die Problematik „Penny“ endlich abgeschlossen werden muss.

Bürgermeister Pohlmann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch die geplante Brückensanierung B 68 / Schulstraße bei einer Entscheidung zu berücksichtigen ist.

114-10-004 Endausbau Am Boberg -55.000 €
114-12-005 Beleuchtung Am Boberg

Sowohl Planung als auch Umsetzung der Maßnahme sollten um 1 Jahr verschoben werden, da zunächst die Arbeiten an der von-Galen-Straße abzuschließen sind.

I14-11-008 Brückensanierungen - 200.000 €

Gefordert wird ein langzeitiges Konzept über die Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen der Brücken.

Für die Brücke im Dütetal wäre alternativ zu einer Sanierung auch eine Abstufung zu einer Fußgänger- und Fahrradbrücke denkbar.

Hierzu erklärt Herr Dimek, dass die Brücken im Stadtgebiet im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht regelmäßig von einem Fachbüro untersucht werden; entsprechend dieser Ergebnisse werden erforderliche Maßnahmen zu treffen sein.

I14-17-010 Oberflächenentwässerung Im Mühlenbruch - 450.000 €

Geplant sind hier Maßnahmen am Regenrückhaltebecken Bachstraße. Aufgrund der Tatsache, dass in diesem Bereich nach den bisherigen Schadensereignissen schon umfangreiche Maßnahmen von der Stadt und den Stadtwerken umgesetzt wurden, soll die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zuvor geprüft werden.

I14-19-002 Blumental (Straßenerneuerung) - 650.000 €

I14-19-003 Am Wiesenbach (Straßenerneuerung) - 750.000 €

Die Veranschlagung erfolgte ohne das bislang zugesagte Straßenranking. Als Grund wurden lediglich Erneuerungsmaßnahmen der Stadtwerke hinsichtlich Regen- und Schmutzwasserkanalisation genannt. Aus diesem Grund müsse eine Wiederherstellung der Fahrbahn von den Stadtwerken erfolgen, die ihre Wirtschaftsplanung anzupassen haben.

Hierzu erklärt Herr Baumann, dass beide Straßen schon jetzt in einem sehr schlechten Zustand sind und bei einem Ranking weit oben stehen. Diese Situation wird sich auch nach Abschluss der Kanalbauarbeiten nicht verbessern, da die Stadtwerke nur verpflichtet sind, nach Abschluss ihrer Maßnahmen den alten Zustand der Straße wieder herzustellen. Im Übrigen fallen die Kosten bei einer kombinierten Maßnahme geringer aus.

I15-19-005 Freilegung Windchenbrinkbach - 100.000 €

Die Maßnahme ist insgesamt um 1 Jahr zu verschieben, da derzeit keine Flächenverfügbarkeit besteht.

Bahndurchlass Im Mühlenbruch ? €

Bildung eines Haushaltsansatzes für zu erwartende Maßnahmen am Bahndurchlass

Hierzu teilt Herr Dimek mit, dass hierzu in Kürze weitere Gespräche stattfinden. Ein Ingenieurbüro hat hierzu mögliche Maßnahmen und deren Kosten bereits ermittelt. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Im Anschluss hinterfragt Herr Lorenz den Haushaltsansatz bei der I14-15-009 Umbau KVP L 95.

Hierzu teilt Herr Dimek mit, dass es sich um die Restzahlung des städtischen Anteils für die 3 Kreisverkehrsplätze an der L 95 in Oesede handelt, die im Rahmen der Straßenerneuerung L 95 2015/2016 durchgeführt wurde.

Weiter fragt Herr Lorenz, wo die Mittel für den Lärmschutzwall / die Lärmschutzwand an der B 51 eingeplant sind.

Hierzu teilt Herr Dimek mit, dass die hierfür eingeplanten Haushaltsmittel aus 2017/2018 als Haushaltsausgabereinstellung in das Haushaltsjahr 2019 übertragen werden.

15-99-001 ZILE Waldwegebau -10.000 €

Herr Lorenz beantragt, den Ansatz zu streichen und verweist auf die Ausführungen bei der Vorstellung des Forstbetriebswerkes (s. TOP 4), wonach in den städt. Forsten keine weiteren neue Wege anzulegen sind

Es erfolgt keine Beschlussempfehlung; die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

**7. Endausbau Rostocker Straße
Vorlage: BV/256/2018**

Herr Baumann stellt die Vorlage der Verwaltung vor. Ergänzend präsentiert er Fotos von der derzeitigen Situation. Ebenso geht er auf die zukünftige Ausbausituation ein. Zum besseren Verständnis zeigt er einen entsprechenden Lageplan mit dem Regelprofil. Von der Rostocker Straße soll eine direkte PKW-Zufahrt in das Baugebiet „Östlich Buchgarten II. Teil“ entstehen. Aufgrund der KV-Leitung ist diese Zufahrt nach einer umfänglichen Prüfung jedoch nicht für LKW-Verkehr freizugeben.

Im Anschluss daran wird über den Ausbau des Gehweges in dem Bereich gesprochen. Herr Sprekelmeyer gibt zu bedenken, dass der Unterbau für die Befahrung von z.B. Kehrmaschinen ausgelegt sein müsse. Dies sei unbedingt zu gewährleisten.

Herr Welkener erläutert, dass die von der Verwaltung verwendeten Ausbauklassen nach seiner Meinung auskömmlich und regelkonform seien.

Herr Dierker erkundigt sich, ob das Gefälle insbesondere aus den Wohngebieten in Bezug auf das Oberflächenwasser hinreichend in der Ausbauplanung berücksichtigt wurde.

Herr Baumann antwortet, dass die örtlichen Gegebenheiten in die Planung eingearbeitet worden sind.

Herr Sprekelmeyer erkundigt sich, ob die Kosten für den Endausbau der Straße von den Anliegern getragen werden müssen.

Herr Dimek stellt klar, dass seinerzeit mit dem Kauf der Grundstücke die Anlieger die Erschließungsbeiträge und die anteiligen Kosten für den Endausbau abgelöst hätten.

Danach wird folgende Beschlussempfehlung einstimmig gefasst:

Mit den abgestimmten Ausbauplänen ist die Anliegerbeteiligung zum Endausbau der „Rostocker Straße“ im Stadtteil Harderberg durchzuführen. Die Ergebnisse dieser Beteiligung sind erneut zu beraten.

**8. Bebauungsplan Nr. 288 "Südlich Schulzentrum" -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: BV/255/2018**

Herr Frühling stellt die Vorlage der Verwaltung vor und geht dabei auf die bisherigen Aktivitäten in dem Bereich ein. Da sowohl die Gespräche mit dem Alteigentümer erfolgreich waren als auch aufgrund der von den Ratsfraktionen gewünschten Zukunftsfähigkeit des Plangebietes, ist es aus Sicht der Verwaltung sinnvoll, den vorgeschlagenen Geltungsbereich parallel zum Bebauungsplan Nr. 285 „Südlich Panoramabad“ zu entwickeln. So kann eine abgestimmte Planung aber auch eine technische Ausstattung der jeweiligen

Baugebiete erfolgen, die letztlich den Zielen der Ratsfraktionen hinsichtlich Klimaschutz, E-Mobilität usw. entspricht.

Herr Sprekelmeyer stimmt der Beschlussempfehlung zu und sieht das Ansinnen der CDU-Fraktion in dem Verfahren wiedergespiegelt.

Herr Bußmann regt an, drei verschiedene Planvarianten (Vorentwurfsplanungen) von unterschiedlichen Planungsbüros erstellen zulassen. So erhalte der Ausschuss einen besseren visuellen Eindruck über die Möglichkeiten der Gestaltung dieses Bereiches und eine Entscheidungsgrundlage für die weitere Planung.

Herr Lorenz möchte die im Plangebiet vorhandenen Kastanien und Hofbäumen erhalten wissen.

Bürgermeister Pohlmann stellt klar, dass der Verwaltung durchaus bewusst ist, dass mehrere Erschließungs- und städtebauliche Varianten und ineinandergreifende Planungen vorab erarbeitet werden müssen. Weiter berichtet er von einem heutigen Termin in dem mit einem Ingenieurbüro und den Stadtwerken über die Schwerpunktthemen Städtebau, wirtschaftliche Nutzung, Klimaschutz, Ökologie, Verkehrsführung und Wasserrückhaltung gesprochen wurde. Ob hier der Vorschlag der Beauftragung verschiedener Büros zur Ausarbeitung unterschiedlicher städtebaulicher Varianten hilfreich sei, kann er nicht erkennen.

Herr Bußmann hält weiterhin an seiner Forderung fest.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wird deutlich, dass die Komplexität der Anforderungen an das geplante Baugebiet sehr hoch ist und im Gegensatz zu den sonstigen Planverfahren bereits von Beginn an die technische und wasserwirtschaftliche Planung, ergänzt um die Bereich Klimaschutz, E-Mobilität usw. mitbedacht werden muss. Die ansonsten typische Planbearbeitung, nach der die städtebauliche Planung vorweggeht und die Erschließungsplanung nachrangig läuft, scheint nach Ansicht einiger Ausschussmitglieder für dieses Verfahren nicht geeignet.

Nachdem Herr Beermann die Sitzungsleitung abgegeben hat, regt er, eine stärkere Einbeziehung von Ratsvertretern in die Planung an. Hierzu sollte ein eigener Arbeitskreis gebildet werden, der sich intensiv mit der künftigen Zielrichtung des Plangebiets befasst. Dieses sei nach seiner Auffassung von den städtebaulichen aber auch klimapolitischen Zielen, die mit dieser Planung insgesamt erreicht werden soll, gerechtfertigt.

Insofern sieht Herr Frühling auch die Beauftragung verschiedener Planungsbüros für die Ausarbeitung unterschiedlicher Planvarianten für wenig hilfreich an.

Herr Beermann fasst die Diskussion zusammen und formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag.

Danach wird folgende geänderte Beschlussempfehlung einstimmig gefasst:

Gemäß § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 2 Abs. BauGB wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 288 „Südlich Schulzentrum“ beschlossen.

Rat und Verwaltung verständigen sich auf ein Verfahren, dass eine intensivere Begleitung der Planungen durch die Politik ermöglicht. Das beinhaltet u.a. die vorliegenden Anregungen aus den Fraktionen sowie den fachlichen Input von externen Institutionen. Dabei sollen neben den städtebaulichen Inhalten des Planverfahrens auch energetische, verkehrliche, gestalterische, soziale und wohnraumpolitische Fragen eingebracht werden.

**9. Aufhebung Aufstellungsbeschluss B-Plan Nr. 257
"Klinikum St. Georg"
Vorlage: BV/228/2018**

Herr Frühling stellt die Vorlage der Verwaltung vor. Er bezieht sich dabei auf die Historie und die Ziele der Bauleitplanung.

Da keine Fragen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Danach wird folgende Beschlussempfehlung einstimmig gefasst::

Der Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 25.02.2009 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 257 „Klinikum St. Georg“ wird aufgehoben.

**10. Aufhebung Aufstellungsbeschluss B-Plan Nr. 232
"Glückaufzentrum"
Vorlage: BV/245/2018**

Herr Frühling erläutert die Vorlage der Verwaltung. Dabei stellt er kurz dar, dass die Änderung nunmehr im Geltungsbereich der zur Aufstellung beschlossenen B-Plan Nr. 286 „Oesede Mitte Rathaus“ liegt.

Fragen werden nicht vorgetragen, daher lässt der Ausschussvorsitzende direkt danach abstimmen.

Danach wird folgende Beschlussempfehlung einstimmig gefasst:

Der Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 25.04.2001 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 232 „Glückaufzentrum“ wird aufgehoben.

**11. Aufhebung Aufstellungsbeschluss B-Plan Nr. 259
"Lebensmittelmarkt Kloster Oesede"
Vorlage: BV/249/2018**

Herr Frühling stellt die Vorlage der Verwaltung vor. Seitens der Verwaltung wird nochmals herausgestellt, dass die Umsetzung des angedachten Lebensmittelmarktes aufgrund der nicht zu ändernden Eigentumsverhältnisse nicht möglich ist.

Eine weitere Diskussion erfolgt nicht. Der Ausschussvorsitzende stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Danach wird folgende Beschlussempfehlung einstimmig gefasst:

Der Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 27.05.2009 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 259 „Lebensmittelmarkt Kloster Oesede“ wird aufgehoben.

**12. Aufhebung Aufstellungsbeschluss B-Plan Nr. 116
"Sanierung Alte Kolonie" 9. Änderung
Vorlage: BV/250/2018**

Herr Frühling stellt die Vorlage der Verwaltung vor. Zwischenzeitlich ist der Planbereich großenteils veräußert und die durchgeführte bzw. geplante Bebauung lässt sich im Rahmen der bestehenden Festsetzungen realisieren. Ein planerisches Erfordernis besteht somit nicht mehr.

Im Anschluss daran wird ohne weitere Diskussion folgende Beschlussempfehlung einstimmig gefasst:

Der Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 12.12.2012 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 116 „Sanierung Alte Kolonie“ 9. Änderung wird aufgehoben.

**13. Aufhebung Aufstellungsbeschluss B-Plan Nr. 123
"Östlich Hohe Linde" 2. Änderung
Vorlage: BV/252/2018**

Herr Frühling stellt die Vorlage der Verwaltung vor. Er bezieht sich auf das gültige KSP (Kinderspielplatz)-Versorgungskonzept, aufgrund dessen der im Geltungsbereich des B-Plans befindliche KSP zur Diskussion stand. Mittlerweile ist hier ein Begegnungs- und Beachvolleyballplatz entstanden.

Danach wird ohne Diskussion folgende Beschlussempfehlung einstimmig gefasst:

Der Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 25.01.2012 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 123 „Östlich Hohe Linde“ 2. Änderung wird aufgehoben.

14. Beantwortung von Anfragen

Herr Dimek teilt mit, dass es keine Anfragen gibt, die derzeit beantwortet werden können. Diese werden in einer der noch folgenden Sitzungen beantwortet.

15. Anfragen

15.1. Sperrung der Von-Galen-Straße

Anfrage von Herrn Müller:

Herr Müller kritisiert die Verkehrlenkung im Zusammenhang mit der Sperrung der „Von-Galen-Straße“. Er versteht u.a. nicht, warum die Straße „Dahlienweg (Königsgesch)“ im unbebauten Bereich in Fahrtrichtung Holzhausen zu einer Einbahnstraße umfunktioniert wurde.

Antwort der Verwaltung nachträglich zum Protokoll:

Seit Montag, 19. November ist die Vollsperrung der Von-Galen-Straße im Rahmen der grundlegenden Sanierungsarbeiten (Kanalsanierungsarbeiten und Straßenbauarbeiten) eingerichtet worden. Eine Durchfahrt der Straße ist damit in beiden Fahrtrichtungen nicht mehr möglich. Der erste Teilabschnitt der Baumaßnahme umfasst zunächst den Teilbereich zwischen dem Kreisverkehr an der Hildegard-von-Bingen Straße/ Oelmüllers Esch bis zur Kreuzung Albert-Schweitzer-Straße/ Im Loh. Die Straße im Loh ist ebenso bis zum Kreuzungsbereich Feldkamp/ Brüggereschweg gesperrt und kann nicht durchfahren werden. Gleiches gilt für den Einmündungsbereich der Albert-Schweitzer-Straße, der ebenfalls nicht befahrbar ist.

Eine weiträumige Umleitung ist eingerichtet. Diese führt für beide Fahrtrichtungen über die Sutthäuser und Malberger Straße. Weiterhin wurde zusammen mit der zuständigen Ortswehr aus Georgsmarienhütte entschieden, dass der Dahlienweg (Königsgesch) im unbebauten Bereich in Fahrtrichtung Holzhausen zu einer Einbahnstraße umfunktioniert werden muss. Eine Durchfahrt ist somit ausschließlich von der Hagener Straße in Alt-Georgsmarienhütte kommend in Richtung Holzhausen (Haunhorstweg / Am Königshof) möglich. Diese verkehrslenkende Maßnahme ist aufgrund der Dauer der Maßnahme alternativlos, da nur so der Brandschutz im Stadtteil Holzhausen ausreichend sichergestellt werden kann. Darüber hinaus ist der Dahlienweg durch die geringe Ausbaubreite dauerhaft nicht für einen zweispurigen Verkehr und damit als Umleitungsstrecke geeignet.

15.2. Zuwegung/Umlaufsperrung am Birkenwäldchen

Anfrage von Herrn Welkener:

Herr Welkener geht auf die Berichterstattung in der Presse zum Weg durch das Birkenwäldchen in Kloster Oesede ein und erklärt, dass er sich vor Ort die Situation angeschaut habe und nach seiner Meinung ein barrierefreier bzw. behindertengerechter Ausbau möglich gewesen wäre.

Antwort der Verwaltung nachträglich zum Protokoll:

Herr Dimek führt aus, dass beim Bau der Rampe auf die Topographie und die örtlichen Gegebenheiten (Schachtdeckel, Zufahrt zur Waldbühne) Rücksicht genommen worden sei. Im Übrigen verweist er auch auf die eigene Berichterstattung in dieser Sache durch die Stadt (Anmerkung der Verwaltung: Presseartikel ist dem Protokoll in Anlage beigefügt.)

15.3. Verwendungsverbot von glyphosathaltigen Herbiziden und Neonikotinoiden auf Flächen der Stadt und der NLG

Anfrage von Herrn Lorenz:

Herr Lorenz erkundigt sich nach dem Stand des herbizidfreien Einsatzes auf den städtischen und NLG-Flächen. Er bittet um Mitteilung, ob die NLG entsprechend des gefassten Beschlusses verfahren und darauf achte.

Antwort der Verwaltung:

Herr Dimek erläutert, dass dies so mit der NLG besprochen sei und er von der Einhaltung der Absprachen ausgehe.

15.4. Geschwindigkeitsmessungen im Bereich St. Georg Kindergarten

Anfrage von Herrn Sprekelmeyer:

Herr Sprekelmeyer möchte im Bereich des Kinderspielplatzes und des Kindergartens St. Georg Ecke Birkhahnweg Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt haben.

15.5. Baumschnitt Auf der Egge/ Holunderstraße

Anfrage von Herrn Dierker:

Herr Dierker schildert von einem Grundstück im „Einhänger“ der Holunderstraße, welches mit großen Bäumen entlang der Grundstücksgrenze bewachsen ist. Er hatte den Eigentümer bezüglich des Zurückschneidens schon angesprochen. Die blieb aber ohne Erfolg. Daher bittet er um schriftliche Aufforderung seitens der Behörde.

15.6. Beschilderung Laubbrink

Anfrage von Herrn Pesch:

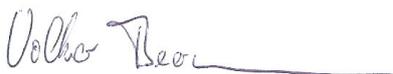
Herr Pesch schildert, dass an der Straße „Laubbrink“ Richtung B68 die beiden Schilder „Zone 30“ und Ortsausgangsschild sich gegenseitig verdecken. Er bittet um Überprüfung der Situation durch den Bauhof und Optimierung der beiden Standorte.

15.7. Querrinnen Am Hainghof

Anfrage von Herrn Pesch:

Herr Pesch erinnert an seine bereits gestellte Anfrage zu den Querrinnen „Am Hainghof“. Er habe diesbezüglich noch keine Antwort erhalten.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.



Beermann
Vorsitz



i. A. Bürgermeister

Kovermann
Protokollführung